

Pressemitteilung

23.02.2016

CDU muss den Mittelstand unterstützen!

Ist die Zwangsmitgliedschaft großer Teile der deutschen Wirtschaft in der SOKA-Bau bald beendet?

(Dresden) Der CDU-Landtagsabgeordnete Jan Hippold wünscht sich in der Tageszeitung „Freie Presse“ öffentlich „Eine Willkommenskultur für Unternehmer“. Das ist für die Ohren des Mittelstandes das schon lange gewünschte Signal. Und es ist dringend notwendig. Denn mit den vor allem vom Berliner Koalitionspartner SPD vorangetriebenen mittelstandsfeindlichen Gesetzen wie den Mindestlohn oder die Rente mit 63 hatte die CDU notgedrungen Politik für das SPD-Klientel gemacht. Das hat für großen Unmut in den Betrieben geführt.

Es gibt aber noch mehr, was uns Unternehmer belastet und das Betriebskapital schmälert: SOKA Bau und Malerkasse. Wir wehren uns jetzt gegen diese nicht mehr zeitgemäße Bevormundung. Der Mittelstand mit VSW, dem AMLD und Unternehmern haben die CDU im Landtag und Bundestag zum Handeln aufgerufen und das Büro des Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz eingeschaltet. Beide Kassen sind in Wiesbaden ansässig und erhandeln jährlich an den Arbeitsgerichten in Wiesbaden und Berlin zusammen rund 70.000 Mahn- und Arbeitsgerichtsverfahren gegen deutsche Handwerksbetriebe und Mittelständler. Die Stimmung gegen diesen Zustand und die Hintergründe sind schon lange explosiv und man hört Begriffe wie „Mafia“ oder „Schutzgelderpressung“. Nun scheinen zwei Ereignisse das Fass vollends zum Überlaufen zu bringen: die Ausbildungsumlage als Zwangsabgabe von 900,00 € pro Jahr für Solounternehmer und die rigorose Eingliederung von angeblichen Baufirmen in die SOKA Bau. Einen traurigen Fall haben wir gerade hier in der Region. Die AKW Umwelttechnik constructions GmbH musste Insolvenz anmelden. Auslöser waren rückwirkende Forderung der SOKA-Bau in Höhe von über 400.000 Euro und die Einstufung der Firma als Baubetrieb. Die AKW verarbeitete aber nur Kunststoff und Metall und ist Mitglied im Metallarbeitgeberverband!

Die Lösung des Problems – und hier ist nun die CDU gefordert - liegt bspw. in einer freiwilligen Kassenzugehörigkeit, verbunden mit der Abschaffung der AVE für solche Bestimmungen, die nicht in einen Tarifvertrag gehören. Die für den Mittelstand ruinösen Machenschaften der SOKA-Bau sind lange bekannt, auch der CDU. Es war ein Fehler, im Koalitionsvertrag einer Abschaffung des § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG), mit dem so genannten Quorum, zuzustimmen. An diese Stelle trat der Begriff „Öffentliches Interesse“. Damit ist für eine AVE die Rechtsprüfung unmöglich geworden, den Lobbyisten wurde der Weg geebnet. Eine Minderheit bestimmt jetzt über eine Mehrheit, damit ein Fortbestand der Wiesbadner Kassen gesichert ist. So steht es sogar unverblümt im Koalitionsvertrag. Mehr zum Thema unter www.reuter-arbeitsrecht.de oder www.werner-bonhoff-stiftung.de

AMLD Pressestelle

Arbeitgeberverband für Maler und Lackierer in Deutschland e.V. • Bautzner Str. 17 • 01099 Dresden

Vertretungsberechtigte Vorstände:

Torsten Gerlach – Vorsitzender
Hilmar Steinert – Stellv. Vorsitzender
Matthias Joreck – Schatzmeister

Geschäftsführer: Mathias Griesbach

Tel. +49 351 – 255 93 300
Fax +49 351 – 255 93 305
info@amld.de • www.amld.de

Registergericht: AmtsG Dresden VR 6977

Bankverbindung: Berliner Volksbank eG
IBAN: DE37 1009 0000 2465 0560 05
BIC: BEVODEBB